

Irene Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



1. Mai: Wir sind viele. Wir sind eins.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2017 in Mönchengladbach

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wir sind viele. Wir sind eins.“ So lautet das diesjährige Motto des DGB zum 1. Mai. Und es stimmt.

Wir sind viele! Schön, dass Ihr alle da seid!

Gut, dass heute hier bei Euch in Mönchengladbach, in der ganzen Bundesrepublik, in Europa und weltweit Menschen zeigen: Der 1. Mai ist unser Tag.

Er steht für die Würde des Menschen und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Er steht für harte Kämpfe und erfolgreiche Auseinandersetzungen.

Der Gründungsgedanke und Grundpfeiler gewerkschaftlichen Handelns war und ist Gerechtigkeit und Solidarität!

Solidarität und Zusammenhalt sind und bleiben die Treiber des Fortschritts, Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind viele, wir sind eins!

Das ist auch eine Kampfansage an die, die auf Spaltung, auf Abschottung, auf Rückschritt setzen.

Das ist unsere Kampfansage an die Feinde der Demokratie!

Auch und gerade am 1. Mai.

Wir lassen nicht zu, dass der 1. Mai von Rechten und Nazis instrumentalisiert wird! Nicht in Gera, wo die Rechten heute hin mobilisieren, nicht in Hamburg, wo die AfD sich heute auf einer Kundgebung als Arbeitnehmerpartei verkleiden will!

Klar ist, die AfD ist keine Alternative und sie ist ganz sicher keine Alternative für Arbeitnehmer/innen.

Sie setzt auf Ausgrenzung und Spaltung - jüngstes Beispiel ist der Angriff auf die Kirchen - und hat keine einzige Antwort auf die Fragen der Zukunft.

Ihr habt vor zwei Jahren hier auf diesem Platz klare Kante gezeigt, als die NPD aufgerufen hat, um ihre menschenfeindlichen Parolen unter das Volk zu bringen.

Aber Mönchengladbach, Ihr habt gegengehalten.
Und am Ende wart ihr viele. Und die waren wenig.

Und deshalb sage ich klar und deutlich: Rechte Hetze, Hass und Gewalt werden wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter niemals akzeptieren!
Gegen die vermeintlich einfachen Lösungen, die auf Nationalismus und Abschottung setzen, sei es hier in Deutschland, in Europa oder in Übersee, setzen wir unsere weltweite Solidarität der arbeitenden Menschen.

Francois Mitterand hat in seiner Abschiedsrede vor dem Europaparlament 1995, schon von seiner Krankheit schwer gezeichnet, gesagt: „Nationalismus bedeutet immer Krieg. Und Krieg ist nicht allein eine Frage der Vergangenheit, Krieg kann auch eine Frage der Zukunft sein.“ Und diese Mahnung, die Mitterand vor 22 Jahren als sein Vermächtnis formulierte, hat nichts von ihrer Aktualität verloren.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen,
treten wir entschieden allen nationalistischen Parolen entgegen. Ihr auf dem Platz wollt, wie die Menschen auf allen Plätzen in der Welt, in Frieden und Freiheit leben und arbeiten. Dafür demonstrieren wir heute!

Kolleginnen und Kollegen,
wir treten für einen Rechtsstaat ein, in dem für alle die gleichen Spielregeln gelten.

Im Mai sind Landtagswahlen: In Schleswig Holstein und am 14. Mai hier bei euch in NRW. Im September wird der Bundestag gewählt.

Und die Frage, die im Mittelpunkt steht lautet: Welche Vorstellungen von einer gerechten, zukunftsfähigen Politik haben die Menschen?

Wir haben unsere Metallerinnen und Metaller in und außerhalb der Betriebe gefragt 680.000 aus 7.000 Betrieben haben geantwortet! Davon mehr als 98.000 aus NRW. 680.000! Das ist ein starkes Votum!

Und das Votum ist eindeutig. Denn der Anspruch der Beschäftigten für das Wahljahr 2017 lautet: eine Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt!

Perspektiven für alle in der Arbeit von morgen – 93 Prozent fordern gute Perspektiven in der Industrie 4.0.

Arbeitszeiten, die zum Leben passen – 92 Prozent fordern eine bessere Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit sowie familienfreundliche Arbeitszeitmodelle.

Mehr Gerechtigkeit durch mehr Tarifverträge – 92 Prozent erwarten von der Politik den Schutz von Tarifverträgen.

Soziale Sicherheit fair finanziert – 95 Prozent fordern die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Die Ergebnisse zeigen: Jetzt muss die Politik handeln.

Denn die zentrale Frage, die rote Klammer, die all diese Fragen und Debatten umschließt, lautet: Wie können wir unsere Gesellschaft sicher, solidarischer und gerechter gestalten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
schaut Euch die Tarifrunden der letzten Monate an: Ob in der Stahlindustrie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Energiewirtschaft und dem Steinkohlebergbau, der Bahn und dem öffentlichen Dienst – Ihr habt in Euren Betrieben und Branchen erfolgreich für mehr Entgelt, Altersteilzeit und bessere Arbeitsbedingungen gestritten.

In allen Branchen haben unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften dazu beigetragen, dass es in unserem Land gerechter zugeht!
Diese Erfolge würde es ohne Euch nicht geben!

Herzlichen Dank für Euren Einsatz, Euer Engagement und Eure Solidarität!

Wo faire Tarifverträge existieren, geht es nicht nur dem einzelnen Beschäftigten besser, sondern dem ganzen Land.

Alle namhaften Forschungsinstitute prognostizieren für das laufende Jahr ein stabiles Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent.

Motor für dieses Wachstum ist vor allem der Konsum.

Wahr ist und bleibt: Autos kaufen keine Autos! Ich sage: Das Geld ist bei den Beschäftigten besser angelegt, als an den Aktienmärkten.

Wir erzeugen mit dem Geld Nachfrage und Wachstum, statt Finanzkrisen und Steuerflucht!

Kolleginnen und Kollegen,

gute und faire Tarifverträge sind nicht nur gerecht, sie sind auch ökonomisch vernünftig! Vernunft scheint allerdings einigen Arbeitgebern völlig abzugehen: Immer wieder begehen Arbeitgeber Tariffucht. Beschäftigte, die nicht tarifgebunden sind, verdienen bis zu 25 Prozent weniger, müssen länger arbeiten, profitieren nicht von Altersteilzeit, Übernahme und tariflicher Weiterbildung.

Ein aktuelles und besonders dreistes Beispiel dafür ist der Konzern Knorr Bremse mit zwei Standorten hier in NRW – Wülfrath und Düsseldorf.

Bei Knorr Bremse müssen die Beschäftigten 42 Stunden arbeiten. Das sind sieben Stunden pro Woche mehr als mit unserem IG Metall-Tarif – ein ganzer Tag umsonst. Das funktioniert nur deshalb, weil der Konzern aus der Tarifbindung ausgestiegen ist. Was dort passiert, ist ein Skandal!

Der Eigentümer ist zum achtreichsten Deutschen aufgestiegen. Es ist ein Aufstieg auf dem Rücken der Beschäftigten.

Aktuell davon betroffen sind die Beschäftigten von zwei Berliner

Traditionsunternehmen – einer soll geschlossen werden, der andere raus aus der Tarifbindung- rein in die 42 Stunden-Woche.

Aber die Beschäftigten wehren sich und sie sind nicht alleine!

Inzwischen erklären sich Betriebsräte und Vertrauensleute in der ganzen Republik mit ihren Kollegen und Kolleginnen solidarisch. Sie alle fordern: Das Skandal-Unternehmen Knorr-Bremse muss sozial werden!

Auch das zeigt: Wir sind viele. Wir sind eins!

Und deshalb sage ich ganz deutlich: Arbeitgeber, die sonntags von der Sozialpartnerschaft reden und montags die Tarifbindung kündigen, sind einfach nur Heuchler!

Tarifflicht darf nicht belohnt werden! Bei Betriebsübergängen und Ausgliederungen muss die Tarifbindung kollektiv weitergelten! Hier ist auch der Gesetzgeber gefragt! Das fordern wir von den politischen Parteien!

Und zwar nicht nur im Wahlkampf – wir wollen hier Taten sehen

Tarifflicht ist nicht nur gegenüber Arbeitnehmern ungerecht, sondern auch gegenüber tarifgebundenen Arbeitgebern.

Statt über gute Produkte und Innovationen verschaffen sie sich über Lohndumping eine bessere Marktposition und höhere Profite!

Das ist eine Unsitte, gegen die sich immer mehr Belegschaften erfolgreich wehren!

Auch hier in Mönchengladbach: Bei Dörries Scharmann Technologie und Monforts Werkzeugmaschinen habt Ihr erst unlängst wieder Tarifverträge durchgesetzt. Einige von Euch sind heute sicher hier!

Respekt liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herzlich Willkommen unter dem starken Dach unserer Tarifverträge!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Tarifbewegungen zielen immer auch auf mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Und hier gibt es noch ordentlich zu tun: Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht belegt: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer: Während 10 Prozent der Haushalte mehr als 50 Prozent des gesamten Netto-Vermögens besitzen, verfügen 50 Prozent, also die Hälfte, gerade einmal über 1 Prozent des Vermögens.

1 Prozent, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ist das gerecht? Ich sage Nein!

Einige wenige bekommen über das Hundertfache eines Normalverdieners, gleichzeitig wachsen drei Millionen Kinder in Armut auf.

Die Arbeitslosigkeit sinkt, aber prekäre Beschäftigungsformen nehmen zu und Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt sich.

Und das alles in einer der führenden Wirtschaftsnationen der Welt – Das ist unakzeptabel! Das schadet uns allen!

Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Sie ist die Folge jahrelanger Umverteilung von unten nach oben. Sie ist vor allem eine Folge einer ungerechten Steuerpolitik.

Arbeit wird jeden Monat mit bis zu 43 Prozent besteuert! Kapitalerträge nur mit maximal 25 Prozent! Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende haben, Kolleginnen und Kollegen!

Und die Steuereinnahmen könnten ja noch viel höher sein, wenn endlich noch entschiedener gegen milliardenschwere Steuerflucht vorgegangen würde!

Panama lässt grüßen! Aktuell sind es rücksichtslose Cum-Ex Geschäftemacher, die den Staat auf Kosten der ehrlichen Steuerzahler zu Ihren Gunsten betrügen.

Wir sagen: Große Vermögen, große Erbschaften und Kapitalerträge müssen wieder ordentlich besteuert werden und Steuerflucht muss konsequent verhindert werden!

Denn: mit Kürzungsprogrammen und einer heiligen schwarzen Null sichert man keinen zukunftsfähigen Sozialstaat.

Wir brauchen mehr Investitionen. Brücken sind gesperrt, Straßen voller Schlaglöcher, Lehrer fehlen und Universitäten platzen aus allen Nähten.

Als Industriestandort können und dürfen wir uns weder Schlag-, noch Funklöcher leisten! Wir leben heute von der Substanz! Die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) beziffert den Investitionsbedarf für die Verkehrsinfrastruktur auf 35 Milliarden Euro.

Es fehlt Personal in den bürgernahen Diensten – in den Meldebehörden, in den Baubehörden, bei der Polizei.

Mit PKW-Maut und weiteren Privatisierungen sind wir auf dem Holzweg. Die Haushaltsüberschüsse müssen endlich in einen handlungsfähigen Staat investiert werden! Wir brauchen Investitionen in die Zukunft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zukunft ist das Stichwort:

Viele fragen sich: Wie werde ich im Alter leben? Und diese Frage ist berechtigt!

Unsere sozialen Sicherungssysteme sind große sozialstaatliche Errungenschaften, die wir hart erkämpft haben.

Dazu gehört auch, dass man nach einem langen Erwerbsleben in den wohlverdienten Ruhestand geht. Doch das ist alles andere als sicher! Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird das Rentenniveau ungebremst auf 44 Prozent absacken. Das ist völlig unakzeptabel! Das ist unerträglich, Kolleginnen und Kollegen! Wir halten dagegen! Wir müssen den Sinkflug rechtzeitig stoppen! Wir fordern einen Kurswechsel in der Rentenpolitik! Unsere Konzepte liegen vor.

Es geht darum,

- Übergänge in die Rente flexibel und sicher zu gestalten,
- die solidarische gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, indem das Rentenniveau stabilisiert und auf etwa 50 Prozent erhöht wird,
- die betriebliche Altersvorsorge on Top auszubauen.

Es geht ganz sicher nicht darum, mit Vorschlägen zur pauschalen verlängerten Lebensarbeitszeit immer wieder dieselbe Sau durchs Dorf zu jagen.

Jüngster Vorstoß kommt von Gesamtmetall: Der Präsident fragt:

„Wann wir endlich in dieser Gesellschaft darüber reden, dass wir alle gesünder leben, älter werden und damit auch länger arbeiten können?“

Die Debatte können wir gerne führen. Aber dann fragen wir bitte auch die Altenpflegerin im Schichtdienst, den getakteten Bandarbeiter,

den Maurer auf dem Bau und die alleinerziehende Vertriebsingenieurin.

Für alle, die nicht so lange arbeiten können, wäre ein späterer Renteneintritt vor allem eines: Ein Rentenkürzungsprogramm!

Und das wird es mit uns nicht geben, Kolleginnen und Kollegen! Spaltungsversuche von Lobbyisten und Teilen der Politik zwischen Jung und Alt, Frauen und Männer, regulär und prekär Beschäftigten verfangen bei den Menschen nicht.

Die Menschen in Deutschland haben bereits entschieden:

Sie wollen die gesetzliche Rente stärken. 85 Prozent der von uns befragten Beschäftigten wären dafür auch bereit, höhere Beiträge zu zahlen.

Gute Ausbildung, gute Arbeit und gutes Einkommen – das ist die beste Grundlage für eine solidarische Altersvorsorge in der Zukunft.

Und deshalb sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wie dauerhafte Leiharbeit, Minijobs und der Missbrauch von Werkverträgen nicht nur inakzeptable Ausweichmanöver der Arbeitgeber, sondern Mitverursacher von Altersarmut!

Jung, weiblich, befristet – so titelte die Presse letzte Woche und bringt damit auf den Punkt, dass mehr als jeder fünfte Berufstätige der bis zu 24-Jährigen einen befristeten Job haben. Die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt!

Kolleginnen und Kollegen,

hier muss der Gesetzgeber endlich umsteuern!

Wir fordern die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung – die selber völlig grundlos ist!

Unsere jungen Kolleginnen und Kollegen aus allen Gewerkschaften sind heute hier.

Ihr setzt euch mit eurer ganzen Power und Kreativität ein

- für gute Ausbildungsbedingungen,
- für Übernahme,
- für gut ausgestattete Berufsschulen,
- für gute Bildung,

- Und zwar für alle: Unabhängig vom Geldbeutel der Eltern
Unabhängig von der Herkunft!

Und Ihr wisst dabei Eure Eltern und Großeltern, uns - Eure älteren Kolleginnen und Kollegen - an Eurer Seite!

Wir setzen uns gemeinsam ein, für die Gestaltung der Zukunft der Arbeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir sagen: menschliche Arbeit hat einen Wert und menschliche Arbeit schafft Werte!

Diese Leitlinie muss auch für das digitale Zeitalter gelten.

Technologie verändert sich – die großen Fragen bleiben dieselben:

Wer gibt den Takt vor – Mensch oder Maschine?

Dabei steht die Frage nach Dauer und Verteilung der Arbeitszeit ganz oben auf unserer Agenda.

Es ist nicht hinnehmbar, dass jährlich rund 2 Milliarden Überstunden geleistet werden, davon die Hälfte unbezahlt. Eine Milliarde unbezahlt, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist nicht nur unanständig, das ist bares Geld.

Das ist ein Griff ins Portmonee der Beschäftigten! Das ist Betrug an den Sozialkassen! Eine Milliarde unbezahlte Arbeitsstunden entsprechen rund 600.000 Vollzeitstellen. Und deshalb gibt es nur eines:

Jede Stunde, die gearbeitet wird, muss auch bezahlt werden!

Die Beschäftigten sagen uns ganz deutlich: Flexibilität in den Betrieben wird akzeptiert. Aber sie ist keine Einbahnstraße!

Wir wollen mehr Arbeitszeitsouveränität: Wir wollen mehr Zeit für Familie, für Freunde, für den Sportverein oder mehr Zeit für gesellschaftliches Engagement! Flexiblere Arbeitszeitmodelle müssen her – für den Schichtarbeiter genauso wie für Entwicklerinnen und Ingenieure.

Kolleginnen und Kollegen,

10 Millionen Menschen arbeiten Teilzeit. Doch dieses Modell kann zur Falle werden.

Solange es kein Rückkehrrecht in die Vollzeit gibt, gilt der Fallstrick:

Einmal Teilzeit immer Teilzeit!

Mit allen gravierenden Nachteilen beim Einkommen, bei der beruflichen Entwicklung und im Alter. Gerade für viele Frauen ist Altersarmut damit vorprogrammiert!

Und deshalb ist es eine offene Kampfansage, dass der Gesetzentwurf zum

Rückkehrrecht in Vollzeit bisher in dieser Koalition nicht umgesetzt wird!

Wir erwarten politische Angebote der Parteien, damit Flexibilität in Zukunft keine Bedrohung mehr ist, sondern ein Gewinn!

Unsäglich sind die Angriffe der Arbeitgeberverbände auf das Arbeitszeitgesetz! Unter dem Deckmantel der Digitalisierung wird der Achtstunden-Tag und die gesetzlich gesicherte Ruhezeit in Frage gestellt – sie seien unzeitgemäß! Das sehen ihre Beschäftigten ganz anders: 96 Prozent der von uns Befragten sind für das Recht auf Abschalten und sagen: Arbeitszeit braucht auch in Zukunft Grenzen!

Ich sage ganz klar:

In der Auseinandersetzung um die Gestaltung von Arbeit 4.0 gibt es mit uns ganz sicher keinen Freischein für den Abbau von Mitbestimmung und Schutzrechten!

Ganz im Gegenteil: Unsere Devise lautet: Digital und sozial!

Die Mitbestimmung ist seit mehr als 40 Jahren ein Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft. In Zukunft spricht alles dafür, dieses Erfolgsmodell auszubauen!

Besonders wichtig ist der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung bei Qualifizierung und Weiterbildung. Denn die Digitalisierung verstärkt das Tempo der Innovationen.

Und deshalb gilt: Innovation und technologischer Wandel geht auch in Zukunft nur mit den Beschäftigten und mit mehr Mitbestimmung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

einige Arbeitgeber scheinen allerdings völlig aus der Zeit gefallen.

Sie meinen nach Gutsherrenart: Demokratie endet am Werkstor.

Sie setzen alles daran, Wahlen zu verhindern und Betriebsratsarbeit zu behindern.

Ein weiterer Skandal aber ist, dass ihre engen Berater, sogenannte Spezialisten aus Anwaltskanzleien, ein verdorbenes Geschäftsmodell betreiben, das auf betriebsratslose Zonen und die Bekämpfung von Arbeitnehmerrechten setzt.

Kolleginnen und Kollegen,

wir reden hier nicht über Kavaliersdelikte. Und für uns gilt: betroffen sind einige – gemeint sind wir alle!

Um das zu beenden, brauchen wir nicht nur Solidarität, sondern ein verbessertes Betriebsverfassungsgesetz und das heißt: Mehr Schutz für die Betroffenen und schärfere Sanktionen für die Behinderer! Hier muss es harte Strafen geben, die nicht aus der Portokasse bezahlt werden können! Der Gesetzgeber muss hier endlich einen Riegel vorschieben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mönchengladbach ist traditionell eine leidenschaftliche Fußballstadt.

Bei Euch gilt der Grundsatz: Gut aufgestellt in die Offensive!

Lasst uns diesen 1. Mai als Tag feiern, in dem wir für soziale Gerechtigkeit und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa kämpfen!

Lasst uns diesen Tag feiern, an dem wir für sichere und gute Arbeit streiten, für eine stärkere Tarifbindung, gegen Befristungen, Minijobs und ungleiche Entlohnung!

Für starke öffentliche Dienstleistungen und Investitionen, für bessere Bildung und eine gerechtere Steuerpolitik.

Hierfür gehen heute Tausende von Menschen in der ganzen Republik auf die Straße.

Uns alle eint die Überzeugung, dass wir dieses Land verändern und sozialer machen können – im Wahljahr 2017 sollten wir das ganz besonders deutlich machen!

Wir sind viele – wir sind eins!

Vielen Dank!